



Ein ungleiches Match: Handy schlägt Stechuhr

Seiten 6/7



„Schiff aboi!“. Die Gäste der 33. AK-Bodenseerundfahrt für Menschen mit Handicap stachen bei schönstem Wetter mit der MS Vorarlberg in See.

Seite 2

Aus dem Inhalt

AK-Kampagne für mehr Gerechtigkeit

In Österreich läuft etwas schief. Das ist der griffige Slogan der Kampagne, mit der sich die Arbeiterkammer für Verteilungsgerechtigkeit einsetzt.

Seite 3

Aufklärung in der Berufsschule Bludenz

AK-Präsident Hubert Hämmerle bringt den Bludener Berufsschülern die AK Vorarlberg näher.

Seite 4

Betriebsräte brauchen Recht auf Information

Der Arbeitsrechtsexperte Prof. Reissner forderte beim „AK-Znüne“ Verbesserungen für Betriebsratsarbeit.

Seite 5

Zulassung in der EU soll einheitlich werden

Die EU-Kommission plädiert für einheitliche Pkw-Zulassungsregeln. Das soll den Verwaltungs- und Kostenaufwand deutlich verringern.

Seite 9

Vorbereitung auf das neue Schuljahr

Mit dem „End of summer jam“ und der AK-Sommerschule bietet das AK-Bildungszentrum die optimale Vorbereitung auf das neue Schuljahr.

Seite 11

E-Book-Reader zu gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die AKtion wieder einen E-Book-Reader.



Seite 12

Arbeit und Recht

Mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer in Vorarlberg arbeitet in einem geringeren Ausmaß, als es der üblichen Wochenarbeitszeit entspricht. Alle arbeitsrechtlichen Aspekte, die für Teilzeitbeschäftigung wichtig sind, hat die AK Vorarlberg in einer eigenen Broschüre verständlich zusammengefasst. Die Broschüre „Teilzeitarbeit“ ist kostenlos.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Finanztransaktionen: Steuer „light“ kommt

Die vier größten Volkswirtschaften der Euro-Zone sind dafür, sechs kleinere, darunter Österreich, wollen mitmachen: In diesen Ländern wird die Finanztransaktionssteuer „light“ kommen.

Nach monatelangem Streit gaben die EU-Finanzminister den Plan auf, in der gesamten Europäischen Union eine Finanztransaktionssteuer (FTS)

einzuführen. Damit ist der Weg zu einer Lösung im kleineren Kreis frei. Die AKtion hatte diese „Koalition der Willigen“ schon in ihrer Mai-Ausgabe als wahrscheinliche Vorgangsweise angekündigt.

Begräbnis für gemeinsames Handeln
Realpolitisch musste eine gemeinsame FTS zuerst einmal offiziell begraben werden. Das erfolgte am EU-Finanz-

ministertreffen vor zehn Tagen in Luxemburg. Zugleich erklärten Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, dass sie und sechs weitere Länder zur verstärkten Zusammenarbeit bei einer Besteuerung der Märkte bereit sind. Damit eine solche Steuer nämlich im Rahmen des EU-Rechts eingeführt werden kann, braucht es mindestens neun teilnehmende Länder.

Ziel der Besteuerung ist zum einen, die Finanzmärkte an den Kosten der von ihr mitverursachten Krise zu beteiligen. Zum anderen will man Spekulationen eindämmen.

Bis zur Einführung der „FTS light“ werden nach Experteneinschätzung allerdings noch einige Jahre vergehen.

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Machtverschiebung nach Brüssel verhindern“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das europäische Integrationsprojekt ist durch die systemimmanenten Schwächen der Währungsunion sowie durch den Betrug der Griechen schwer unter Druck gekommen. Aber statt das zu tun, was die Vernunft geboten hätte, nämlich die in betrügerischer Absicht erschlichene Teilnahme der Griechen am Euro rückgängig zu machen, wurde mit dem Hinweis auf das gesamteuropäische Interesse massiv Geld zur Rettung Griechenlands aufgewendet. Eine Übung, deren Erfolg vermutlich niemand von uns je erleben wird, zu katastrophal ist die Situation vor Ort: enorme Schulden, eine unfähige Bürokratie, keine wettbewerbsfähige

Industrie und eine politische Kaste, die jeder organisierten kriminellen Vereinigung das Wasser reichen kann. Vor diesem Hintergrund kann man die harte Position der Deutschen verstehen, die Wert darauf legen, dass die mühsam ausgehandelten Reformmaßnahmen jetzt auch durchgezogen werden. Zu lange wurde nur weggeschaut. Gefährlich an der Situation ist für uns aber

„EU-Finanzhilfe ja, mehr Kompetenzen nach Brüssel abtreten - nein!“

nicht nur der finanzielle Aspekt dieses Abenteuers, sondern langfristig der weitere Verlust nationaler Souveränität. Denn jetzt sollen die Nationalstaaten Budgetkompetenzen an eine übergeordnete Stelle, die Europäische Kommission, abgeben. Mit dem Ziel, dass diese bestimmt, in welchem

Rahmen sich der Haushalt der einzelnen Länder bewegen darf. Für Länder wie Österreich oder Deutschland klingt das wie Hohn. War doch die EU-Kommission jene zuständige Einrichtung, die von den Griechen beim Euro-Beitritt mit massiv gefälschten Zahlen über den Tisch gezogen wurde. Nicht einmal bei den Begleiterscheinungen der Krise, ausgelöst durch grobe Fehlentwicklungen

im Bankensektor, war die Kommission in der Lage oder auch willens, die Versprechungen hinsichtlich einer Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensektors durchzusetzen. Dafür aber sollen jetzt alle Staaten Kompetenzen an eine von der realen politischen Wirklichkeit längst ab-

gekoppelten Zentralbürokratie abgeben? Als sehr überzeugter Europäer läuten bei mir die Alarmglocken und keimt die Hoffnung, dass sich das die seriös wirtschaftenden europäischen Länder nicht gefallen lassen werden. Wenn es aus Rücksicht auf die nationalen Gefühle nur sehr schwer möglich ist, den Pleitestaaten klare Vorgaben zu machen und diese auch durchzusetzen, muss es geradezu unmöglich sein, den erfolgreichen Ländern des Euro-Währungsraumes ihren nationalen Spielraum zu nehmen. Gelten sollte auch in Europa der Grundsatz, dass der schlussendlich zahlen soll, der bestellt hat.

Rainer Keckeis
AK-Direktor Rainer Keckeis

Impressum



Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Redaktionsleitung:
Dietmar Brunner, Arno Miller

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Bildbox, fotolia, Jürgen Gorbach, Dietmar Mathis, Lisa Mathis

Druck: Vorarlberger Medienhaus, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Sony eBook-Reader im Wert von rund 150 Euro aus der letzten AKtion hat Ing. Walter Gorbach aus Bregenz gewonnen.

Wir gratulieren!

Leserforum

Smartphone, die große Unbekannte

AKtion Juni 2012 berichtete über den Erfolg der Smartphone-Kurse der AK Super, dass so ein Kurs angeboten wird! Es hat ja schon fast jedes Kind ein Smartphone und kennt sich nicht recht aus. Die Eltern kennen sich leider auch zu wenig aus.
Gernot Reibeis, E-Mail

Gerechte Verteilung bleibt Dauerbrenner

AKtion Juni 2012: Forderung nach Finanztransaktionssteuer aufrecht
Danke, dass Sie dran bleiben! Nur die

Politik, also wir alle, können die Macht des Kapitals einbremsen.
Franz Waldenberger, Feldkirch

Nachhilfe: Lust am Lernen fördern

AKtion Mai 2012: Der Bedarf an Nachhilfe ist immer noch sehr hoch
Die Schüler behaupten: „Es wurde nicht erklärt.“ Die Lehrer hingegen sagen: „Die Schüler passen nicht auf.“ Statt sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben, wäre es sinnvoller, neue, konstruktive Lösungen zu suchen, wie zum Beispiel „lustvolleres Lernen“, das Neugierde und Interes-

se schon bei den Jüngsten weckt. Mit Spaß am Lernen wären die Schüler sicherlich motivierter und so manche unnötige Nachhilfestunde könnte eingespart werden.
Karin Weber, Frastanz

Es wird sicher nicht Druck gemacht. Im Gegenteil: Wir motivieren die Schüler – was die Professoren meist aus Zeitmangel nicht mehr können. Die Schüler sind froh, endlich einen Ansprechpartner zu haben.
Ing. Walter Gorbach, Bregenz (nach eigenen Angaben Nachhilfelehrer)

Jederzeit auf die AKtion zugreifen

Wäre es möglich, die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz als App zur Verfügung zu

stellen? So könnte man jederzeit und überall die Artikel nachlesen.

Philipp Kasper, Feldkirch

Anm.: Die jeweils aktuelle Ausgabe der AKtion kann über die Gratis-App „Vorarlberg Kiosk“ am iPad gelesen werden; auf der AK-Webseite stehen alle Ausgaben als PDF zur Verfügung. An weiteren Lösungen wird gearbeitet.
Die Redaktion



Die AKtion gibt es auch fürs iPad.

Vor 34 Jahren startete der ehemalige AK-Präsident Bertram Jäger eine tolle Tradition

Traumhafte Bodenseerundfahrt für Menschen mit Handicap

Die AK Vorarlberg hatte am 19. Juni zur 33. Bodenseerundfahrt für Menschen mit Handicap geladen. Rund 670 waren der Einladung gefolgt.

Bei traumhaftem Wetter und musikalischem Empfang durch die Stadtmusik Bregenz gingen die Passagiere an Bord der MS Vorarlberg. Auch AK-Präsident Hubert Hämmerle, Vizepräsident Bernhard Heinzle und Kammerrat Toni Mathis stachen mit in See. Bis nach Rohrschach wurde der Bodensee erkundet. Stets flankiert von den Booten der Wasserrettung und der Polizei.

Für die Schützlinge der Lebenshilfe, der Caritas, des Blindenbundes und der Sonderpädagogischen Zentren Vorarlbergs ist die jährliche Bodenseerundfahrt der AK Vorarlberg ein ganz besonderes Highlight. Die vom ehemaligen AK-Präsidenten Bertram Jäger



Die Stadtmusik Bregenz, die Crew der MS Vorarlberg, die Wasserrettung, das Rote Kreuz, AK-Vizepräsident Bernhard Heinzle und AK-Präsident Hubert Hämmerle (rechts außen).

ins Leben gerufene Aktion ist mittlerweile zu einer festen Tradition der AK Vorarlberg geworden. Auch in diesem Jahr verbrachten die Passagiere wieder einen unvergesslichen Tag.



Ein Interview mit AK-Präsident Hubert Hämmerle finden Sie auf dem AK-Videoportal.



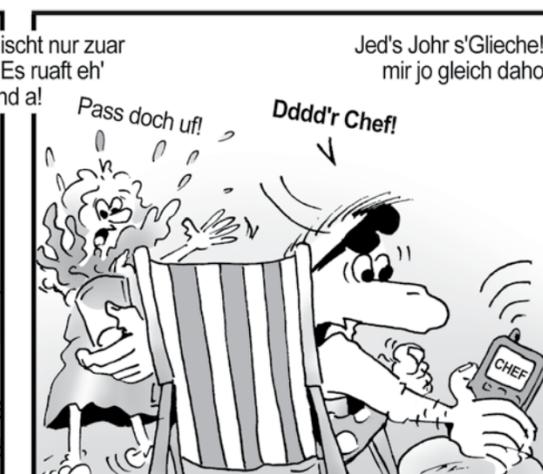
Rund 670 Passagiere genossen einen wundervollen Tag auf der MS Vorarlberg.



Fantasievolles Make-up und kunstvolle Ballons sorgten für eine bunte Stimmung.



Voll cool: Ein Foto mit Hubert Hämmerle (l) und Bernhard Heinzle (r).



Konsumenten zahlen fürs Energiesparen

Das Wirtschaftsministerium arbeitet ein zur neuen EU-Energieeffizienz-Richtlinie passendes Gesetz aus. Ziel: Bis Ende des Jahrzehnts soll Österreich um 20 Prozent energieeffizienter werden. Auftrag: Die Energieversorger müssen erreichen, dass ihre Kunden pro Jahr 1,5 Prozent weniger Strom verbrauchen. Wie das gehen soll, ist noch völlig offen. Konkreter die Absicht, dass Maßnahmen aus einem neuen Fonds finanziert werden, für den wiederum Wirtschaft und Konsumenten zur Kasse gebeten werden.

Hohe Preise, Ungleichgewichte bei Steuern und den Folgekosten der Krise: Die Arbeiterkammern bringen Schiefelage auf den Punkt

Hämmerle: „Steuerlast gerechter verteilen!“

Der Weg aus der Krise kann nur über mehr Verteilungsgerechtigkeit führen. Dafür setzen sich alle neun Bundesländer-Arbeiterkammern in einer gemeinsamen Kampagne ein.

In Österreich läuft etwas schief. Darauf macht die aktuelle gemeinsame Kampagne aller Bundesländer-Arbeiterkammern aufmerksam: Arbeit wird hoch besteuert – Vermögen kaum; die Mehrheit der Bürger muss für die Verluste weniger Spekulanten zahlen; die hohen Preise machen den Arbeitnehmern das Leben kaum leistbar.

„Wir brauchen endlich Verteilungsgerechtigkeit!“, fordert AK-Präsident Hubert Hämmerle und unterstreicht, wie wichtig die politische Kampagne der Arbeiterkammern mit dem roten Würfel (siehe rechts) ist: „Die Schiefelagen müssen wieder gerade gerückt werden. In den letzten zehn Jahren sind in Österreich die Vermögen um 43 Prozent gestiegen, das Steueraufkommen daraus aber nur um 14 Prozent. Ganz anders auf der Seite der Arbeitnehmer: Löhne und Gehälter stiegen von 2000 bis 2011 um 42 Prozent, die Einnahmen aus der Lohnsteuer jedoch um 47 Prozent. Das sind viele, viele Milliarden, die den Arbeitnehmern in der Geldtasche fehlen!“

Faktor Arbeit entlasten

Das bereits 2008 von der AK Vorarlberg vorgestellte Modell für ein gerechteres Steuersystem hat nichts an Aktualität eingebüßt. Seine Stoßrichtung – den Faktor Arbeit und damit die unselbstständig Beschäftigten finanziell zu entlasten – und die Kernbotschaften der „Es-läuft-was-schief“-Kampagne passen wie Puzzleteile perfekt zusammen. In einer zweiten Welle erhöhen die Arbeiterkammern den Druck für entscheidende Richtungsänderungen der Politik. Hier drei Beispiele, wo der Hebel angesetzt gehört:

- Schiefelage Preise: Bezieher von niedrigen Einkommen müssen fast die Hälfte davon inzwischen für Essen, Wohnen und Energie ausgeben, weil die Preise in Österreich überdurch-



Der Blick auf die hohen Preise bereitet immer mehr Familien Sorge.

schnittlich steigen. „Für ein- und dasselbe Lebensmittel zahlen wir oft deutlich mehr als unsere deutschen Nachbarn. In Deutschland stiegen die Verbraucherpreise 2011 um 2,5 Prozent, bei uns um 3,6 Prozent. Da läuft etwas schief in Österreich!“, sagt AK-Präsident Hämmerle. Der nicht erklärbare „Österreich-Aufschlag“ gehört unterbunden.

- Schiefelage Fahrtkosten: Im Euro-Raum stieg der Ölpreis 2011 um 4,5 Prozent, in Österreich um 10,5.

sind durch die so genannten Bankenrettungspakete für die österreichischen Steuerzahler unwiederbringlich verloren. Nicht zuletzt deshalb ist ein neues Bankenrecht überfällig, damit die Steuerzahler nicht mehr das volle Risiko tragen.

Hausaufgaben für Österreich

Der Kurswechsel kann nicht auf die österreichische Innenpolitik begrenzt bleiben, wollen wir aus der Krise herausfinden. Gerade was die Regulierung der ominösen „Märkte“ betrifft, ist die EU als Ganzes gefordert. Dennoch ist belegbar, dass Länder mit einer gleichmäßigeren Verteilung von Vermögen und Einkommen erfolgreicher durch die Krise steuern als andere. Hier hat Österreich noch eine Menge Hausaufgaben vor sich. Nur 1,3 Prozent des gesamten Steueraufkommens sind vermögensbezogen – im OECD-Raum sind es 5,5 Prozent.



„Es muss sich was ändern! Für mehr Gerechtigkeit in Österreich bleiben wir mit all unseren Kräften dran.“

AK-Präsident Hubert Hämmerle

Amtliches Kilometergeld und Pendlerpauschale hinken der wiederholten Kostenexplosion schon lange hinterher. Die AK Vorarlberg fordert statt der Pauschale ein kilometerabhängiges Pendlergeld als Steuerabsetzbetrag. Vor allem die Bezieher der unteren und mittleren Einkommen würden davon profitieren.

- Schiefelage Banken- und Finanzsektor: Bereits 3,5 Milliarden Euro

AK-Kampagne „In Österreich läuft etwas schief“: Klicken Sie auf den roten Würfel auf ak-vorarlberg.at

Das „System LKH Feldkirch“ droht zu kollabieren

Landeskrankenhaus: Betriebsrat macht mit Unterschriften Druck

Um Verteilungsgerechtigkeit im weiteren Sinne geht es auch im Ringen um Reformen an unseren Spitälern. Der Betriebsrat des LKH Feldkirch sammelt Unterschriften, damit die Verhandlungen vorangehen.

„Das System LKH Feldkirch ist krank und droht immer mehr zu kollabieren“, heißt es einleitend zur Unterschriftenliste, mit der Betriebsratsvorsitzende Astrid Breuß im mit Abstand größten Krankenhaus Vorarlbergs derzeit von Mitarbeiter zu Mitarbeiter geht: „Wenn von Problemen und schlechten Arbeitsbedingungen beim Personal in Krankenanstalten gesprochen wird, betrifft das nicht nur Ärzte“, legt Breuß dar, „sondern eine weitaus größere Anzahl von Mitarbeitern in nicht-ärztlichen Berufen.“ Die Unterschriften sind ein dringender Appell an den

neuen Gesundheitslandesrat Bernhard, der ein schweres Erbe angetreten hat, und die Krankenhausleitung.

Die wesentlichen Forderungen des Betriebsrates sind die Umsetzung der Gehaltsreform für alle Bediensteten mit Jahresbeginn 2013 und nicht stufenweise nur für Teile der Belegschaft



Breuß: „Bedingungen außerordentlich belastend, Bezahlung nicht angemessen.“

(Ärzte); gerechtere und höhere Vergütung der Nacht-, Bereitschafts-, Sonn- und Feiertagsdienste; ein reformierter Stellenplan für die Abteilungen. „Denn“, erklärt Betriebsratsvorsitzende Astrid Breuß, „Personalausfallzeiten durch Langzeitkrankstände, Schwangerschaft, erhöhten Urlaubsanspruch von älteren Beschäftigten oder auch der Rucksack voller Überstunden, den die Kolleginnen und Kollegen vor sich hertragen, müssen endlich berücksichtigt werden.“

Personalengpass

Die AKtion hatte bereits in der Mai-Ausgabe berichtet, dass wegen des steigenden Arbeitsdrucks durch Aufgabenverlagerungen von oben nach unten der Personalengpass zusehends an der Substanz von immer mehr Krankenhausbediensteten nagt.



IN ÖSTERREICH LÄUFT ETWAS SCHIEF: HOHE PREISE MACHEN DAS LEBEN KAUM LEISTBAR.

Für gerechte und leistbare Preise. www.ak-vorarlberg.at





Besuch in der Berufsschule in Bludenz: AK-Präsident Hubert Hämmerle rät den Lehrlingen mehr zu kommunizieren, um mögliche Probleme im Lehrbetrieb im Keim zu ersticken.

Keine „Herrenjahre“: Lehrlinge haben trotzdem eine Stimme

Nur wenige Lehrlinge kennen das gesamte Angebot der Arbeiterkammer. AK-Präsident Hubert Hämmerle und Leiter der AK-Lehrlings- und Jugendabteilung Mag. Marcus Mayer besuchten daher am 18. Mai die Berufsschule Bludenz. Ihnen liegt der persönliche Kontakt zu den Jugendlichen besonders am Herzen.

„Wer ist alles Mitglied der Arbeiterkammer?“ Auf die Frage von AK-Präsident Hubert Hämmerle folgte am 18. Mai ein etwas ratloses Schweigen in der Aula der Berufsschule Bludenz. Sicher, von der Arbeiterkammer hatten die Jugendlichen schon gehört. Aber was die so genau macht, konnten nur wenige sagen.

Und dabei sind doch auch die Lehrlinge Mitglieder der AK. „Daher ist für uns wichtig, dass die jungen Arbeitnehmer wissen, dass es uns gibt und welche Leistungen wir anbieten“, sagt Hubert Hämmerle. Aus diesem Grund besuchten er und Mag. Marcus

Mayer, Leiter der AK-Lehrlings- und Jugendabteilung, die Berufsschule in Bludenz. Darum, und weil in Vorarlberg jährlich rund 1000 Lehrverträge aufgelöst werden.

In den meisten Fällen sind es die Lehrlinge, die sich zu diesem Schritt entscheiden. „Leider wenden sich noch immer zu wenige von diesen Jugendlichen an uns. Und wenn, dann ist die Situation meistens schon festgefahren“, sagt Marcus Mayer. So können die AK-Berater vielfach nur noch bei der Auflösung des Lehrverhältnisses helfen. In einer Studie der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer Vorarlberg geben fast die Hälfte der befragten Lehrlinge an, dass die Auflösung des Lehrvertrags vermeidbar gewesen wäre.

Probleme werden totgeschwiegen

„Was markant auffällt: Es fehlt an Kommunikation. Man hat nicht geredet – bei allen Problemen“, erläutert der AK-Berater. Zum einen geben die Jugendlichen in der Studie bereits an,

dass das Lehrverhältnis aufgrund des schlechten Arbeitsklimas beendet wurde. Zum anderen widersprechen sich diese Aussagen mit jenen, welche die Betriebe machen. Diese geben an, die meisten Lehrverträge wurden aufgelöst, weil die Lehrlinge keine Leistung im Betrieb oder der Schule zeigen bzw. das Interesse am Beruf verloren haben.

Für ein gesundes Arbeitsklima

Kommunikation ist das A und O für eine gesunde Unternehmenskultur. Und hier ist der Chef genauso gefragt wie der Lehrling. „Schließlich ist der Arbeitsplatz ein komplettes Paket und es stellt sich einem täglich die Frage: Gehe ich gern zur Arbeit?“, betont der AK-Präsident gegenüber den Berufsschülern. Doch müssen die Jugendlichen erst einmal die Anlaufstellen kennen.

Neben dem Ausbildungsverantwortlichen gibt es in manchen Betrieben einen Jugendvertrauensrat oder einen Betriebsrat, an den sich jeder

mit seinen Problemen wenden kann. Diese funktionieren übrigens als „Augen und Ohren“ der Arbeiterkammer beziehungsweise als deren Sprachrohr. So können Probleme, die in mehreren Betrieben auftreten, von der Arbeiterkammer aufgegriffen werden.

Hat das Unternehmen keinen Betriebsrat oder möchte man nur ungern mit diesem das Problem besprechen, stehen die Türen der AK Vorarlberg jedem offen. Und Marcus Mayer versichert: „Unsere Beratung ist anonym, vertraulich und kostenlos. Es passiert auch nichts ohne eure Zustimmung.“

Nach dem Vortrag von Hubert Hämmerle und Marcus Mayer zeigten sich die Berufsschüler sichtlich beeindruckt von dem vielfältigen Angebot der AK Vorarlberg. „Bisher habe ich die Leistungen der Arbeiterkammer noch nicht in Anspruch nehmen müssen, aber seit heute weiß ich, dass ich, wenn ich ein Problem habe, zur Arbeiterkammer gehen kann“, sagt Schüler Philipp Amann gegenüber der AKtion.

Umfrage: Welches Bild hatten die Lehrlinge von der Arbeiterkammer vor dem Vortrag und welches haben sie danach?



Ich hätte nicht gedacht, dass die Arbeiterkammer so viele Experten hat. Ich dachte immer, dass sie wahnsinnig viel verdienen von den Steuern, die wir bezahlen. Bisher habe ich die Leistungen der Arbeiterkammer noch nicht in Anspruch nehmen müssen, aber seit heute weiß ich, dass ich, wenn ich ein Problem habe, zur Arbeiterkammer gehen kann.

Philipp Amann, 15
Konstrukteur



Ich fand den Vortrag heute sehr interessant. Ich habe vorher nicht sehr viel über die Arbeiterkammer gewusst oder gehört. Bisher musste ich die Arbeiterkammer auch nicht um Hilfe bitten. Da hat beruflich bisher alles gepasst. Allerdings würde ich mich schon für den ein oder anderen Kurs oder Weiterbildung interessieren.

Katharina Vinzenz, 18
Industriekauffrau/
Verpackungstechnikerin



Ich musste mich einmal von der Firma aus näher mit der Wirtschaftskammer beschäftigen, aber über die Arbeiterkammer habe ich bisher nicht viel gewusst. Jetzt weiß ich, dass ich dort in guten Händen bin und mich dort auch weiterbilden kann und dass ich dort hingehen kann, wenn mal etwas ist. Bisher haben wir das bei uns in der Firma aber so regeln können.

Sarah Bogen, 16
Industriekauffrau



Ich habe den Vortrag sehr nützlich gefunden. Ich habe bereits in der Hauptschule und im Poly einiges von der Arbeiterkammer gehört und wir waren auch schon bei der Geschäftsstelle in Feldkirch. Das habe ich auch früher schon gut gefunden, was man da alles macht und für die ganzen Leute unternimmt.

Rebecca Bereiter, 15
Bürokauffrau

Lehrlingstipp

Lehrverhältnis auflösen – wie?



Christine Raggl

Der Lehrvertrag zwischen Lehrling und Lehrberechtigtem ist befristet abgeschlossen und kann daher nicht gekündigt sondern nur vorzeitig aufgelöst werden. Während der ersten drei Monate (Probezeit) kann das Lehrverhältnis vom Lehrberechtigten oder dem Lehrling jederzeit ohne Angabe von Gründen aufgelöst werden. Die Auflösung muss in jedem Fall schriftlich erfolgen. Bei Minderjährigen braucht es die Zustimmung der Eltern. Nach der Probezeit kann ein Lehrverhältnis einvernehmlich aufgelöst werden. Hierzu müssen aber sowohl Lehrling als auch Lehrberechtigter mit der Auflösung einverstanden sein. Auch diese muss schriftlich erfolgen. Zudem ist eine Belehrung durch die Lehrlings- und Jugendabteilung der Arbeiterkammer notwendig. Sollte keine einvernehmliche Auflösung des Lehrverhältnisses möglich sein, so kann ein Lehrverhältnis einseitig – durch den Lehrling oder den Lehrberechtigten – aufgelöst werden. Allerdings nur dann, wenn ein triftiger Grund gemäß dem Ausbildungsgesetz vorliegt. Wenn zum Beispiel der Lehrling seine Schulpflicht verletzt, seine Arbeit vernachlässigt oder wenn er ohne Schaden für seine Gesundheit das Lehrverhältnis nicht fortsetzen kann. Lehrlinge, die vor der Entscheidung stehen ihr Lehrverhältnis aufzulösen, sollten sich jedoch auf jeden Fall vorher in der Lehrlings- und Jugendabteilung beraten lassen.

Informationen und Beratung:
www.akbasics.at

Lehrvertrags-Auflösungen

Gründe aus Sicht der Lehrlinge

- Der/die Ausbilder und ich sind nicht miteinander ausgekommen (36,0 Prozent).
- Das Arbeitsklima war schlecht (35,3 Prozent).
- Die Arbeit war unangenehm (eintönig, zuviel Putzarbeit usw.) (23,5 Prozent).
- Der/Die Ausbilder konnte mir zu wenig über den Beruf beibringen (23,5 Prozent).
- Ich konnte an der Arbeit zu wenig mitbestimmen (21,4 Prozent).

Gründe aus Sicht der Betriebe

- Der Lehrling hat das Interesse am Beruf verloren (36,3 Prozent).
- Der Lehrling hatte zu schlechte Leistungen in der Schule (31,2 Prozent).
- Der Lehrling hat sich in der Schule zu wenig angestrengt (27,0 Prozent).
- Der Lehrling hatte disziplinarische Probleme im Betrieb oder in der Schule (26,4 Prozent).
- Der Lehrling hat sich im Betrieb zu wenig angestrengt (21,8 Prozent).

Während des Befragungszeitraums zur Auflösungsstudie (März 2010 bis Februar 2011) wurden 715 Lehrverträge vorzeitig aufgelöst. Die Entscheidung zur Auflösung ging dabei meist vom Lehrling aus. Fast die Hälfte der Jugendlichen gab an, dass die Auflösung vermeidbar gewesen wäre. Da die Gründe für die Auflösung in den Aussagen der Lehrlinge und der Betriebe sehr unterschiedlich ausfallen, deutet dies auf ein Kommunikationsproblem hin.

Die Evaluation finden Sie unter: www.ak-vorarlberg.at/lehrlingundjugend

Gewinner des Politik-Quiz in Brüssel

Die besten vier jeder Berufsschule im Land stellten sich dem „Europa Quiz Politische Bildung 2012“. Die Gewinner der ersten drei Plätze besuchten vom 4. bis 6. Juni das Europäische Parlament in Brüssel.



Die Gewinner des „Europa Quiz Politische Bildung 2012“ in Brüssel.

Schüler besuchen die AK-Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülern und ihren Lehrern. Dabei wurden ihnen vom Leiter der Jugend- und Lehrlingsabteilung, Mag. Marcus Mayer, die zahlreichen Serviceleistungen sowie der Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer erläutert.



Die zweite Klasse Einzelhandel der Landesberufsschule Feldkirch.



Die Jugendlichen der Handelsschule Feldkirch zu Gast in der AK.



Die Schüler der zweiten Klasse der Polytechnischen Schule Feldkirch.



Die Elektrotechniker der Landesberufsschule Feldkirch.



Die Jugendlichen von Comino zu Besuch in der AK Vorarlberg.



Die Klasse Handel und Büro der Polytechnischen Schule in Feldkirch.



Die Schüler der Klasse Einzelhandel von der Landesberufsschule Feldkirch.

Arbeitgeber verweigert alte Arbeitsstelle trotz vertraglicher Vereinbarung

AK sichert Abfertigung von über 199.000 Euro

Eine vorübergehend schwere Erkrankung war der Grund, weshalb ein Vorarlberger seine langjährige Arbeitsstelle verlor. Mit Hilfe der AK Vorarlberg konnte zumindest eine Abfertigung von über 199.000 Euro erkämpft werden.

Über 15 Jahre hat Franz K. (Name von der Redaktion geändert) in einem größeren Vorarlberger Betrieb gearbeitet. Dann wurde er plötzlich schwer krank. Viele Behandlungen und mehrere Krankenstände folgten. Der Angestellte konnte somit seiner leitenden Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß nachgehen. Ein Zustand, der weder für den Erkrankten noch für den Arbeitgeber tragbar war.

Doch Franz K. befand sich in einem unkündbaren Dienstverhältnis, da er schon so lange Mitarbeiter des Betriebes war. Die vorläufige Lösung: Er wurde vorübergehend auf eine Stelle versetzt, deren Arbeiten für ihn zumutbar waren. Man einigte sich auf eine in etwa vergleichbare Tätigkeit. „Dieser Kompromiss wurde von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch vertraglich vereinbart“, erläutert AK-Rechtsberater Dr. Andreas Kickl. Aufgrund des Wegfalles der besonderen Führungsaufgaben wurde der Erkrankte zudem vom Arbeitgeber auf eine niedrigere Gehaltsklasse eingestuft. Dem hatte der Mann jedoch nicht zugestimmt.

Gegen die Abmachung

Als sich der Gesundheitszustand von Franz K. besserte und nachdem er sich wieder in der Lage sah, seine ehemalige Arbeit zu verrichten, verlangte er seine ursprüngliche Führungsposition zurück. Doch der Arbeitgeber verweigerte das, obwohl selbst der Betriebsarzt den Mann für „tauglich“ befunden hatte. Daraufhin wandte er sich an die Rechtsabteilung der AK Vorarlberg.

„In einem Schreiben der Arbeiterkammer wurde der Betrieb nun aufgefordert, Herrn K. wieder jene Funktion zuzuweisen, die er vor der Erkrankung inne hatte – inklusive einer entsprechenden Gehaltsanpassung“, sagt Andreas Kickl. Denn so war es vertraglich vereinbart worden. Doch der Arbeitgeber lehnte erneut ab. Weshalb er sich jedoch nicht an die Vereinbarung hielt, wollte er auch im Gespräch mit der



Die Erkrankung war zwar schwer aber nur vorübergehend. Trotzdem verlor ein Vorarlberger Angestellter seine langjährige Stelle (Symbolfoto).

Arbeiterkammer nicht begründen.

Nachdem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht einigen konnten, wurde das Beschäftigungsverhältnis einvernehmlich aufgelöst. Franz K. erhielt vom Betrieb eine freiwillige Abfertigung und Abgangsschädigung von über 199.000 Euro brutto sowie die ihm gebührende gesetzliche Abfertigung.

i AK-Rechtsberatung:
arbeitsrecht@ak-vorarlberg.at
Telefon: 050/258-2000

Kündigung im Krankenstand

Ein Krankenstand für sich allein schließt eine Kündigung grundsätzlich nicht aus. Der Arbeitgeber ist jedoch verpflichtet, während des Zeitraums der Kündigungsfrist weiter ein Entgelt zu zahlen. Besteht der Krankenstand über die Kündigungsfrist hinaus, muss der Arbeitgeber im Rahmen des gesetzlichen Ausmaßes bis zum Ende des Krankenstandes ein Entgelt zahlen.

Arbeitsrechtsexperte Univ.-Prof. Dr. Gert-Peter Reissner im AKtion-Interview

Betriebsräte brauchen Recht auf Informationen!

Beim jüngsten AK-Znüne referierte Prof. Dr. Gert-Peter Reissner über wichtige Neuerungen aus dem Arbeitsrecht. Die AKtion führte mit dem Experten das folgende Interview.

Herr Professor, welche Neuerungen im Arbeitsrecht sind für die Arbeitnehmer von besonderem Interesse?

Prof. Reissner: Na ja, vom Gesetzgeber her gibt es relativ wenig, aber es gibt bemerkenswerte Judikatur zum Beispiel zur Ausbildungskostenrückersatzklausel, die in der betrieblichen Praxis ein bedeutendes Thema ist. Arbeitgeber finanzieren relativ viele Ausbildungen, was ja an sich gut ist. Die wollen diese Ausbildungen dann aber auch lukrieren. Durch die Ausbildungskostenrückersatzklausel muss ein Arbeitnehmer seine Ausbildungskosten zurückzahlen, wenn er zum Beispiel selber kündigt oder sein Be-



Prof. Dr. Reissner: „Betriebsräte sollten auch Einzelverträge einsehen können.“

schäftigungsverhältnis einvernehmlich löst. Wobei nicht immer klar ist, ob es sich bei den Bildungsmaßnahmen um Ausbildung oder lediglich um Einschulung handelt. Einschulungen sind nämlich nicht rückersatzpflichtig.

Wo liegen grundsätzlich die großen Knackpunkte im Arbeitsrecht?

Ein großes Problem für die Betriebs-

räte ist, dass sie keinen Zugang zu Einzelverträgen haben. Dadurch können sie keine Einsicht in den Arbeitsvertrag oder den Personalakt nehmen. Das geht nur, wenn der Arbeitnehmer diese Dinge dem Betriebsrat zur Verfügung stellt. Ebenfalls schwierig für Betriebsräte ist es, an entsprechende Informationen zu kommen, wenn Betriebsänderungen anstehen. Wenn Unternehmen diese Infos nicht preisgeben, bleibt nur die Möglichkeit, die Herausgabe einzuklagen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Die Betriebsräte sollten das Recht bekommen, die konkret abgeschlossenen Verträge bzw. die betreffenden Formulare einsehen zu können, damit die Vertragsgestaltung insgesamt transparenter wird.

Zuletzt gab es eine heftige Diskussion

Weiberkram

Die Tücken der Statistik



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Vorarlberg liegt mit einer Scheidungsrate von 43 Prozent am dritten Platz in Österreich. 736 Ehen wurden im Vorjahr in Vorarlberg geschieden. Die Zahl ist im Zehnjahresvergleich um rund ein Viertel zurückgegangen, familienpolitisch gesehen ist das aber noch kein Grund zur Freude. Zwar war etwas mehr als ein Drittel der betroffenen Paare kinderlos und von den knapp zwei Dritteln mit Kindern hatten rund 30 Prozent Kinder über 18. Immerhin 668 Kinder vom Säuglingsalter bis zur Volljährigkeit sind „Scheidungsopfer“; je knapp ein Viertel davon unter 6 bzw. 10 Jahre alt, etwas mehr als ein Fünftel 10 bis 14 Jahre alt. Noch ein letztes Zahlendetail: 28 von 100 Scheidungswaisen sind Einzelkinder. Immerhin 90 Prozent der Kinder werden bei ihren Müttern aufwachsen – oder anders gesagt: Es gibt seit 2011 um 425 Alleinerzieherinnen mehr, die nun nicht nur die Doppelbelastung Beruf und Familie, sondern den größten Teil der Verantwortung, der Entscheidungen, des stressigen Organisationsaufwandes der Kinderbetreuung ohne Partner zu tragen haben. In manchen Fällen mag das für Mutter und Kind(er) ein Segen sein, vielfach aber werden die Frauen wohl nun jahrelang hart am Limit werken, psychisch, physisch und oft auch finanziell. Und was die Scheidungsstatistik nicht verrät: Oft kommen für die Frauen auch noch Belastungen durch alte Eltern hinzu. Und die Tücken der Statistik sind damit nicht zu Ende: Wie viele nicht verheiratete Paare mit Kindern werden sich wohl 2011 getrennt haben? Sie werden nicht gezählt, aber man kann wohl gut und gern noch um die 150 bis 200 weitere neue Mutter-Kind-Familien mutmaßen. Und deren Situation ist meist noch prekärer ...

@ E-Mail:
irene.dyk@jku.at

Für Sie da: AK-Präsident Hämmerle

Sie haben Fragen an den AK-Präsident Hubert Hämmerle oder ein persönliches Anliegen? Dann nutzen Sie bitte die Telefonsprechstunde am 7. Juli von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800.



Ein Interview mit Prof. Gert-Peter Reissner finden Sie auf dem AK-Videoportal.

Ständiges Erreichbarsein: Wünschenswerte Flexibilität der Arbeitseinteilung oder doch Anstiftung zur Selbstaussbeutung?

Handy, SMS, Mail & Co: Für die einen Plage, für andere Segen

Immer mehr Arbeitnehmer sind davon betroffen: Durch das Handy ist man für Chef und Kunden auch in der Freizeit erreichbar und der Laptop macht das Zuhause zum zweiten Arbeitsplatz. Eine durchaus zwiespältige Entwicklung.

Eine von der deutschen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen losgetretene Diskussion schwappt auf Österreich über und sie ist auch hier überfällig. Angesichts steigender psychischer Belastung von Arbeitnehmern will von der Leyen neue Regeln zur Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit aufstellen: „In der Freizeit sollte Funkstille herrschen.“

Kritik fuhr die Ministerin nicht nur von der Arbeitgeberseite ein. Auch zahlreiche Arbeitnehmer geißeln die Initiative als „Regelungswahn“. Handy & Co. machen schließlich auch flexibel. Hier eine Information telefonisch weitergeben, dort schnell eine

Mail beantworten ... schon hat man am nächsten Tag im Büro vermeintlich weniger Stress.

Doch ist es nicht vielmehr so, dass Stress nur verlagert und in Summe ausgedehnt wird? Schließlich heißt Freizeit freie Zeit – arbeitsfreie Zeit. Und wer den Beruf in seine Freizeit lässt, betrügt sich quasi selbst. Wenn die Ministerin klarere Abgrenzungen einmahnt, dann versucht sie auch, damit viele Arbeitnehmer vor sich selbst zu schützen.

„Kollektiver Wahn“

Flexibilität ist ein dehnbarer und tückischer Begriff. Ausmaß und mögliche belastende Begleiterscheinungen empfindet jeder unterschiedlich. „Der Eifer, mit dem viele Arbeitnehmer derzeit Belege suchen, dass sie so viel und so hart arbeiten wie kaum eine Generation zuvor, trägt Züge kollektiven Wahns“, ätzt Steffen Range, Ressortleiter Politik und Wirtschaft einer großen

deutschen Tageszeitung zur aktuellen Debatte. Vordergründig gehe es ums Handy, in Wahrheit jedoch um die generelle Einstellung zu Arbeit. Was nehme ich in Kauf? Was erachte ich als normal? Wer definiert „Arbeitsmoral“?

Regelungen hinken hinterher

Unbestrittenes Faktum ist, dass Mobiltelefonie, SMS, E-Mail und verwandte Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung in Windeseile Besitz von unserer Arbeitswelt ergriffen haben. Gesetze und andere Regelwerke konnten mit dem Tempo nicht Schritt halten. Manche Frage bleibt vorerst unbeantwortet oder stellt sich – vielleicht noch – nicht. Das Arbeitsinspektorat Vorarlberg, Hüter der Einhaltung von Arbeits- und Ruhezeiten, kann bisher von keinen einschlägigen Anfragen geschweige denn Klagen berichten.

Die modernen Hilfsmittel sind Segen und Fluch zugleich. Sie erleichtern gewisse Abläufe, verleiten aber auch

dazu, die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit bewusst oder unbewusst aufzuweichen. Die Betriebsräte großer Unternehmen im Land erklären unisono, durch klar definierte Rufbereitschaften gebe es praktisch keine Probleme, weil diese Dienste auch angemessen entlohnt sind. Dasselbe Stichwort von der ständigen Erreichbarkeit ruft in Handwerk und Gewerbe eine völlig andere Assoziation hervor. Hier geht es nicht um die Zeit nach Dienstschluss, sondern um die Arbeitszeit selbst: „Wir unterhalten uns regelmäßig mit unseren Leuten, wie viel Abschirmung brauchen sie, damit sie am Bau in Ruhe schaffen können“, erklärt etwa Dorfinstallateur-Geschäftsführer Johannes Ouschan. Wenn ständig das Handy klingelt, wird's nämlich mühsam. Einheitliche Regelungen gibt es für die 50 Betroffenen nicht. „Das entscheidet jeder für sich am besten.“

Und nach fünf? „Niemand muss 24 Stunden erreichbar sein!“

Sonderformen der Arbeitszeit

Rufbereitschaft

Der Arbeitnehmer hat außerhalb der Arbeitszeit abrufbereit zu sein. Rufbereitschaft darf nur an zehn Tagen pro Monat vereinbart werden, wobei sie nur zwei wöchentliche Ruhezeiten (Wochenenden) pro Monat einschließen darf. Sie gilt nicht als Arbeitszeit, deshalb auch nicht als Mehrarbeit – es gebührt jedoch ein „ortsübliches Entgelt“, auch wenn von der Firma kein Entgelt zugesagt worden ist.

Arbeitsbereitschaft

Hier muss im Unterschied zur Rufbereitschaft der Arbeitnehmer an einem bestimmten Ort im Bedarfsfall „zur Aufnahme der Arbeitsleistung“ verfügbar sein. Für Arbeitsbereitschaft kann ein geringeres Entgelt vereinbart werden.

Kollektivverträge können ergänzende Regelungen enthalten.

Ein Diensthandy allein verpflichtet zu nichts

Der AK-Rechtsexperte Dr. Michael Simma über vermeintliche Grauzonen rund um Handy & Co.

Ein Diensthandy scheint verlockend, erst recht, wenn es auch privat genutzt werden darf. Muss ich dann automatisch für die Firma erreichbar sein?

Dr. Michael Simma: Ganz klar: nein. Es gibt keine gesetzliche Regelung, die vorsieht, dass die Zurverfügungstellung eines Handys gekoppelt ist mit der Verpflichtung einer Erreichbarkeit.

Sollte vom Arbeitgeber die Erreichbarkeit gefordert werden, dann ist dies auf jeden Fall Rufbereitschaft oder Arbeitsbereitschaft (siehe Kasten oben, Anm.). Ist damit dann eine Arbeitsleistung verbunden, so resultiert daraus Arbeitszeit, die selbstverständlich als Mehrarbeit oder Überstunden bezahlt werden muss. Es empfiehlt sich, das in



AK-Rechtsexperte Dr. Michael Simma

einer klaren Regelung zu vereinbaren und die aufgewendete Zeit für einen späteren Nachweis zu dokumentieren.

Manche nehmen die Geräte sogar in den Urlaub mit, um bei der Rückkehr nicht vor einem Berg unbearbeiteter E-Mails zu stehen.

Das steht überhaupt nicht mit dem Gesetz in Einklang! Im Urlaub soll ich mich erholen, im Urlaub gibt es schlichtweg keine Arbeitsverpflichtung.

Das heißt, es liegt am Arbeitgeber, sich um einen Ersatz zu kümmern.

Richtig, ich kann durchaus vom Arbeitgeber verlangen, dass er eine Stellvertreterregelung vorsieht. Weil früher war das auch so – warum soll das nicht mehr möglich sein, nur weil es das Handy gibt?!

i AK-Arbeitsrecht:
Telefon 050/258-2500,
E-Mail: kontakt@ak-vorarlberg.at

Meine Meinung zum Thema

Die modernen Möglichkeiten im Beruf sind

mehr Fluch, mehr Segen,

weil ...

Haben Sie das Gefühl, der „Zwang“ zu ständiger Erreichbarkeit und von überall und jederzeit seine Mails bearbeiten zu müssen belasten – oder empfinden Sie diese Möglichkeiten als positiv? Ziehen Sie bewusst Grenzen? Schreiben Sie uns! Alle Leserreaktionen mit Absender nehmen an der Verlosung eines Sony E-Book-Readers im Wert von rund 150 € teil.



Schreiben Sie uns an AK Vorarlberg, Redaktion AKtion, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, gerne können Sie uns auch an leserbrief@ak-vorarlberg.at mailen oder auf Facebook posten: www.facebook.com/AKVorarlberg



Praktisch überall, wo es Handyempfang gibt, gibt es auch Zugang zum Internet. Ob ständiges Erreichbarsein oder das „nur g'schwinde Checken“

Daten und Fakten

Fehlzeiten aufgrund von Stresserkrankungen sind in Deutschland seit 1994 um **80 %** gestiegen. Und die Zahl der diagnostizierten Burnout-Fälle hat sich seit 2004 um **1400 %** erhöht.

15 % erledigen häufig/oft in ihrer Freizeit Arbeit für ihr Unternehmen. „Ich muss auch zuhause an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken.“ Die Aussage bejahen **37 %** aller Beschäftigten in Deutschland.

43 von 100

Vollzeit beschäftigten Frauen fällt es schwer, nach der Arbeit „abzuschalten“. Bei Vollzeit beschäftigten Männern sind es 29 Prozent.

Als einer der ersten großen Konzerne hat VW auf die Entwicklung mit einer „Blackberry-Pause“ reagiert. Dort werden seit Ende 2011 **30 Minuten** nach Dienstschluss des Arbeitnehmers durch eine technische Vorkehrung automatisch keine Telefonate, SMS oder E-Mails mehr an ihn weitergeleitet.

Die Zufriedenheit mit der Zeiteinteilung sank unter den österreichischen Arbeitnehmern zwischen 2003 und 2012 von 81 auf **76 %**

Der Wert für psychischen/Zeitstress am Arbeitsplatz des Arbeitsklimaindex für Vorarlberg verschlechterte sich seit 2007 von 32 auf **24 Punkte**.

Quellen: DGB/Gute Arbeit, Arbeitsklimaindex

Die Normalarbeitszeit ist am Ende angelangt

Die psychische Belastung von Arbeitnehmern nimmt deutlich zu. Schuld tragen auch die modernen Kommunikationstechniken. In Kürze wird eine neue Studie für Vorarlberg die Auswirkungen von Informationsüberlastung am Arbeitsplatz beleuchten.

Der Feldkircher Mag. Michael Sprenger ist Arbeitspsychologe beim Arbeitsmedizinischen Zentrum Bregenz und stellt das Thema Informationsüberlastung in den Mittelpunkt seiner Dissertation. Für seine Doktorarbeit hat er unter anderem 122 Vorarlberger aus unterschiedlichen Berufen schriftlich befragt und 41 interviewt, die Auswertung der Daten ist noch im Gang. Einige grundsätzliche Erkenntnisse aus seinem Forschungsschwerpunkt konnte Sprenger der AKtion allerdings bereits verraten:

- „Ständige Erreichbarkeit ist gang und gäbe, das gehört inzwischen zum Arbeitsalltag.“
- Viele der befragten Personen können nicht mehr „abschalten“.
- Das Informationsmittel E-Mail ist



Der E-Mail-Stress beginnt immer öfter bereits beim Frühstückskaffee.

am häufigsten beteiligt, wenn Arbeit in die Freizeit getragen wird.

Ende der Normalarbeitszeit

„Normale Arbeitszeit ist heute nicht mehr gegeben“, fasst Sprenger nüchtern zusammen und hat die Auswirkungen auf die Probanden untersucht. Auch wenn es Personen gebe, die mit der Informationsflut gut zurande-kommen, sei generell eine höhere gesundheitliche Belastung feststellbar: „Kurzfristig ist das kompensierbar, aber langfristig wird das irgendwann zu viel“, warnt der Arbeitspsychologe.

Selbsttest

Arbeite ich entgrenzt?

„Entgrenzt“ nennen es Fachleute, wenn gegensätzliche Bereiche wie Beruf und Freizeit verschwimmen. Langfristige Folge kann zum Beispiel ein Burnout sein. Mit diesem Selbsttest finden Sie leicht heraus, ob Sie Gefahr laufen, die Balance zu verlieren.

1. Werden Sie öfter als einmal im Monat vor oder nach Dienstschluss dienstlich zuhause angerufen?
 Ja Nein
2. Steigen Sie öfter als einmal im Monat aus der Zeiterfassung aus, um danach weiter zu arbeiten?
 Ja Nein
3. Lesen Sie arbeitsbezogene Fachliteratur in Ihrer Freizeit?
 Ja Nein
4. Würden Sie in Ihrem letzten Urlaub/Krankenstand von Kollegen, Kunden oder Vorgesetzten kontaktiert (z.B. per Mail, per Telefon)?
 Ja Nein
5. Haben Sie Vertrauensarbeitszeit/einen All-in-Vertrag und deshalb das Gefühl, mehr als vereinbart zu arbeiten?
 Ja Nein
6. Haben Sie eine Überstundenpauschale, die Sie regelmäßig überschreiten ohne dafür Zeitausgleich zu erhalten?
 Ja Nein
7. Besuchen Sie berufliche Weiterbildungsangebote in Ihrer Freizeit?
 Ja Nein
8. Fühlen Sie sich in der Arbeit unabhkömmlich?
 Ja Nein
9. Nehmen Sie auch mal unbezahlte Arbeit in Kauf, damit das Endergebnis Ihren Vorstellungen entspricht?
 Ja Nein
10. Schalten Sie Ihr Handy/den Laptop außerhalb der vereinbarten Arbeitszeit aus?
 Ja Nein
11. Verwenden Sie Ihr privates Handy für berufliche Telefonate und verrechnen diese nicht?
 Ja Nein

Vergeben Sie pro Ja einen Punkt – außer bei Frage 4, da gibt es einen Punkt für Nein. Wenn Sie insgesamt sechs Punkte erreicht haben, sollten Sie unbedingt versuchen, den einen oder anderen Punkt wieder loszuwerden und beispielsweise Ihr Diensthandy außerhalb der Arbeitszeit ausschalten oder einen Ausgleich für Ihre Überstunden einfordern. © GPA-djp

AK-Kurse nehmen Druck aus dem Alltag

Das umfangreiche Angebot des AK-Bildungszentrums bietet auch zu diesem Themenkomplex praxisnahe Kurse:

- „Der souveräne Umgang mit der E-Mail-Flut“: Tagesseminar am 6. November 2012
- „Weg mit dem Zeitdruck!“ – Wie man sich den (beruflichen) Alltag erleichtert. 19./20. Oktober
- Am 15. Oktober startet der nächste Smartphone-Kurs des AK-Bildungszentrums: Beherrschen Sie das Gerät und nicht umgekehrt! Grundlagen, Tipps und Tricks

i AK-Bildungszentrum: 050/258-4000, bildung@ak-vorarlberg.at



Das E-Mailordern in der Freizeit wirklich sinnvoll ist, führt zu heftigen Diskussionen.

Ärger im Urlaub: Mängel sollten genau dokumentiert werden

Getrübte Urlaubsfreude: Leere Versprechungen im Prospekt

Urlaubsreisen sind nicht billig. Umso größer ist dann der Ärger, wenn der Reiseveranstalter nicht hält, was er verspricht. AK-Konsumentenberaterin Birgit Pleikner erklärt im Gespräch mit der AKtion, wie enttäuschte Reisende zu ihrem Recht kommen.

AKtion: Was kann man tun, wenn der Urlaub zum „Horrortrip“ wird?

Birgit Pleikner: Es gilt der Grundsatz der Prospektwahrheit. Das heißt: Man hat Anspruch auf die Leistungen entsprechend der Beschreibungen im Katalog. Der Reiseveranstalter hat für die Mängel einzustehen – unabhängig davon, ob ihn ein Verschulden trifft oder nicht. Entsprechen die Bedingungen vor Ort nicht den Angaben im Katalog, spricht man von Mängeln und der Konsument hat Anspruch auf Gewährleistung. Aus Beweisgründen ist daher zu empfehlen, den Katalog mit der Leistungsbeschreibung oder einen Ausdruck der Internetbeschreibung mitzunehmen.

Was kann oder sollte man also tun, wenn man Mängel feststellt?

Verlangen Sie gleich vor Ort eine Verbesserung der Mängel. Vielleicht lassen sich diese durch die Verlegung in ein anders Zimmer oder Hotel beheben.

Und wenn das nicht geht?

Sollten die Mängel nicht verbessert werden können oder sollte eine Mängelbehebung vor Ort abgelehnt werden, dann empfiehlt es sich Beweise zu sichern, um später Ansprüche gegen den Reiseveranstalter geltend machen zu können.

Zum Beispiel?

Verlangen Sie vom Reiseleiter oder, wenn dieser nicht erreichbar ist vom Hotelier eine schriftliche Bestätigung, dass die Mängel gerügt wurden und eine Behebung vor Ort nicht möglich war. Machen Sie Fotos oder Videos von der Situation vor Ort. Lassen Sie sich Namen und Adressen von Miturlaubern geben, welche die Mängel bestätigen können. Behalten Sie auch Belege für Kosten eigener Verbesserungsbemühungen auf.



Der Reiseveranstalter hält nicht, was er in seinem Prospekt verspricht? Melden Sie Mängel sofort und verlangen Sie eine Verbesserung.

Was sollte man nach der Reise tun?

Die Mängel, die sich am Urlaubsort nicht beheben lassen haben, sollten Sie nach Rückkehr vom Urlaub umgehend beim Reiseveranstalter am besten schriftlich per Einschreiben reklamieren. Das Schreiben sollte eine detaillierte Darstellung der Mängel enthalten sowie die Forderung einer Reisepreisminderung. Sie haben Anspruch auf eine Abgeltung in bar, nicht in Form eines Gutscheins.

Woher weiß ich, welchen Betrag ich vom Veranstalter zurückverlangen kann?

Ein Anhaltspunkt dafür ist zum Beispiel die Frankfurter Liste, welche auch auf der Homepage der AK Vorarlberg zu finden ist. Dort findet man ebenfalls einen Musterbrief zur Reklamation der Reise. In der Frankfurter Liste sind die häufigsten Mängel mit den dazugehörigen Preisminderungssätzen in Prozent, ausgehend vom Gesamtpreis, aufgelistet. Die angeführten Prozentsätze sind allerdings nicht verbindlich, sondern stellen nur Richtwerte dar. Kommt

es zu keiner außergerichtlichen Einigung, müsste im Einzelfall ein Gericht über die Entschädigung entscheiden.

Kann man beim Veranstalter auch einen Schadenersatz geltend machen?

Erleidet man im Urlaub einen Schaden,

ist allerdings, dass die Reise zur Gänze oder doch weitgehend durch die Mängel vereitelt wird.

Wie lange habe ich Zeit, um meine Ansprüche geltend zu machen?

Es empfiehlt sich die Ansprüche so rasch als möglich nach Rückkehr von der Reise geltend zu machen. Gewährleistungsansprüche müssen binnen zwei Jahren ab Rückkehr geltend gemacht werden. Schadenersatzansprüche binnen drei Jahren ab Eintritt des Schadens.

Was, wenn sich der Reiseveranstalter weigert, für die Mängel oder den Schaden aufzukommen?

Sollte man kein oder ein unbefriedigendes Entschädigungsangebot erhalten, kann man sich zwecks der weiteren Vorgehensweise an die AK-Konsumentenberatung wenden.

Musterbrief und Frankfurter Liste:
www.ak-vorarlberg.at/konsument/reise

„Der Reiseveranstalter hat für die Mängel einzustehen – unabhängig davon, ob ihn ein Verschulden trifft oder nicht.“

AK-Konsumentenberaterin Birgit Pleikner



sei es eine Verletzung oder Erkrankung aufgrund eines verdorbenen Buffets, oder einen finanziellen Nachteil und trifft den Reiseveranstalter oder seine Erfüllungsgehilfen ein Verschulden, dann kann man Schadenersatzansprüche geltend machen. Wichtig ist auch hier aus Beweisgründen alles ausführlich zu dokumentieren und alle Belege, Atteste und so weiter aufzubehalten. Für erhebliche Mängel, welche vom Reiseveranstalter verschuldet sind, kann vom Veranstalter auch eine Entschädigung für entgangene Urlaubsfreude verlangt werden. Voraussetzung

Keine Mehrkosten möglich: Ein Kostenvoranschlag ist in der Regel verbindlich

Abgesichert: Kostenvoranschlag erspart Ärger bei der Abrechnung

Um sich vor hohen Preisforderungen zu schützen und Angebote vergleichen zu können rät die AK Vorarlberg, ausdrücklich einen Kostenvoranschlag zu verlangen. Bei kleinen Aufträgen ebenso wie bei großen.

Einen Kostenvoranschlag bedeutet für den Unternehmer zwar einen gewissen Aufwand, doch meist kann ein Kunde nur so abschätzen, welche Aufwendungen auf ihn zukommen. Denn darin sind alle nötigen Aufwendungen, wie Material-, Arbeits-, Neben- und sonstige Kosten, zu berücksichtigen und nachvollziehbar aufzulisten. Die AK Vorarlberg empfiehlt den Konsumenten daher, sich nicht nur bei umfangreichen, sondern auch bei kleineren Aufträgen vorab genau zu informieren und verschiedene Angebote miteinander zu vergleichen und ausdrücklich einen „Kostenvoranschlag“ zu verlangen. Er sollte grundsätzlich schriftlich



Sichern Sie sich ab und verlangen Sie vom Unternehmer einen Kostenvoranschlag.

eingeholt werden. In der Regel ist die Erstellung kostenlos. Es sei denn, der Unternehmer weist den Kunden vorher ausdrücklich darauf hin, dass eine Zahlungspflicht besteht.

Mehrkosten müssen gemeldet werden

„Die veranschlagten Kosten dürfen vom Unternehmer grundsätzlich nicht überschritten werden“, erläutert AK-Konsumentenberaterin Mag. Eva Fleischmann. Ein Kostenvoranschlag ist nämlich in der Regel verbindlich. Außer er wird ausdrücklich als unverbindlich bezeichnet oder es lässt sich aus den Formulierungen (circa, Abrechnung nach Naturmaßen usw.) auf eine Unverbindlichkeit schließen. Aber selbst dann darf der Unternehmer den veranschlagten Preis nicht um mehr als 10 bis 15 Prozent überschreiten, ohne den Konsumenten vorher auf den Mehraufwand hinzuweisen. Die AK-Beraterin betont: „Ohne Hinweis auf die erhebliche Überschreitung verliert der Unternehmer jeden Mehranspruch.“

AK-Konsumentenberatung,
Telefon 050/258-3000,
konsumentenberatung@ak-vorarlberg.at

Mit Plastikgeld im Urlaub teuer bezahlen

Bezahlen mit Kredit- oder Bankomatkarte geht einfach und schnell. Aber Vorsicht: Im Ausland können hohe Spesen anfallen. Wer außerhalb des Euro-Raumes mit Kreditkarte einkauft, muss mit Manipulationsgebühren zwischen 1,5 und zwei Prozent rechnen. Bargeld vom Konto abheben mit der Kreditkarte kommt noch teurer. Im Euro-Raum fallen drei Prozent vom abgehobenen Betrag an, aber mindestens 2,5 bis 4 Euro. Im Nicht-Euro-Raum kommt wieder eine Manipulationsgebühr dazu. Günstiger ist die Bankomatkarte. Beim Abheben von Bargeld fallen außerhalb des Euro-Raumes 0,75 Prozent zuzüglich 1,82 Euro Spesen an.

Weitere Tipps und Infos rund um das Plastikgeld im Urlaub:
www.ak-vorarlberg.at/konsument

Zoll: Was geht durch – was geht nicht?

Reisende sollten sich im Voraus über die Einfuhrbestimmungen informieren. Waren für den persönlichen Gebrauch dürfen innerhalb der EU zollfrei eingeführt werden. Bei Nicht-EU-Staaten gelten jedoch strengere Regeln. So dürfen maximal 200 Stück Zigaretten und ein Liter Alkohol mit mehr als 22 Volumenprozent eingeführt werden. Innerhalb der EU sind es 800 Stück Zigaretten oder zehn Liter Spirituosen. Die Freigrenze bei Waren beträgt bei Flugreisen 430 Euro. Bei Reisen mit dem Auto oder der Bahn sind es 300 Euro. Für Kinder unter 15 Jahren verringert sich der Betrag auf 150 Euro. Generell gelten die Freigrenzen pro Person und dürfen nicht auf mehrere Reisende „zusammengerechnet“ werden.

Handelsgericht verurteilt „elitepartner“

Das Handelsgericht Wien erklärte die vermeintlichen Vertragsverlängerungen gegenüber Kunden der Internet-Partnervermittler „elitepartner“ als gesetzeswidrig. Bei den Partnervermittlungsverträgen handelt es sich um befristete Verträge. Vor Vertragsende hätten die Kunden von „elitepartner“ jedoch innerhalb einer festgesetzten Frist kündigen müssen. Doch weder finden sich im Vertrag gesetzeskonforme Regelungen, noch werden die Kunden vor Ablauf der Frist auf die Bedingung hingewiesen. Die Vertragsverlängerung ist daher nicht wirksam. Zudem wird dem Kunden bei Beendigung des Vertrags durch das Übersenden einer „Erfolgsgeschichte und eines Fotos“ suggeriert, dass das Vertragsverhältnis noch bestehe. Damit werde die wahre Rechtslage verschleiert. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Zulassung neun Prozent teurer als im Vorjahr

Aufgrund der gesetzlich vorgesehenen Indexanpassung wurde der Kostenersatz für die Zulassungsstellen inklusive Mehrwertsteuer um rund acht Prozent auf 45 Euro angehoben. Zuletzt wurde die staatliche Zulassungsgebühr im Juli 2011 von 110,40 auf 119,80 Euro erhöht. Eine Zulassung kostet derzeit also 167,25 Euro. Das sind 13 Euro mehr als noch vor einem Jahr, was einer Gebührenerhöhung von insgesamt fast neun Prozent entspricht. Dazu kommen bei Bedarf noch die Kosten für eine neue Nummerntafel (18 Euro für einen Pkw) und Zusatzkosten für eine Zulassung im Scheckkartenformat von 19,80 Euro.

Zulassung von Gebrauchtwagen im EU-Ausland soll einfacher und billiger werden

Kampf dem Papierkrieg: EU fordert einheitliche Zulassung

Fünf Wochen und etwa 400 Euro kostet es derzeit, einen Wagen in einem anderen EU-Land zuzulassen. Ein Vorschlag der EU-Kommission soll das nun ändern: Sie plädiert für einheitliche Zulassungsregeln.

Es kann ganz schön nervig sein, sich beim Umzug in ein anderes Land neue Nummernschilder zu beschaffen. Autobesitzer müssen oft teure und mühsame nationale Zulassungsverfahren durchlaufen. Durch einen Vorschlag der EU-Kommission soll die erneute Zulassung von Fahrzeugen in anderen EU-Ländern erleichtert oder ganz überflüssig werden. Beispielsweise müssten Grenzgänger (im EU-Ausland), die einen von ihrem Arbeitgeber zugelassenen Pkw benutzen, diesen Wagen nicht mehr erneut anmelden. Auch der Kauf von Gebrauchtwagen aus anderen EU-Ländern soll durch die vereinfachte Wiederzulassung erleichtert werden. Insgesamt

würden der Verwaltungs- und Kostenaufwand für eine weitere Zulassung von Pkw, Lieferwagen, Bussen und Lkw innerhalb der EU stark vereinfacht.

Fünf Wochen Wartezeit

Je nach EU-Land verlangen die örtlichen Zulassungsstellen derzeit umständliche zusätzliche Nachweise über die Typenzulassung, zusätzliche Inverkehrbringungssteuern, Zollprozeduren, Recycling-Abgaben oder erneute Pickerl-Untersuchungen. Im Durchschnitt dauert ein solches Verfahren rund fünf Wochen und kostet schätzungsweise 400 Euro pro Fahrzeug. Dem Kommissionsvorschlag gemäß gilt der Grundsatz, dass ein Wagen in dem EU-Land zugelassen werden sollte, in dem der Eigentümer lebt. Alle anderen Mitgliedsstaaten sollen nicht verlangen dürfen, das Fahrzeug dort zuzulassen, auch wenn man sich längere Zeit dort aufhält.

Durch EU-weit einheitliche Zulassungsregeln erwartet die EU folgende Vorteile für Verbraucher und Unternehmen:

- weniger Formalitäten beim Ummelden von Fahrzeugen aller Art beim Umzug in ein anderes EU-Land – und sechs Monate Zeit dafür;
- die vorgeschriebenen zusätzlichen technischen Untersuchungen und andere Formalitäten beim Kauf oder Verkauf eines Gebrauchtwagens in einem anderen EU-Land entfallen;
- für Personen, die in einem anderen EU-Land arbeiten und ein Fahrzeug benutzen, das ihr Arbeitgeber dort angemeldet hat, würde die Anmeldepflicht in ihrem Heimatland wegfallen;
- die Ummeldepflicht für Fahrzeugbesitzer, die einen Teil des Jahres an einem Feriendomizil in einem anderen EU-Land verbringen, entfällt;
- Mietwagenfirmen können in der

Urlaubszeit Fahrzeuge ohne Ummeldung in ein anderes EU-Land abziehen. Dies könnte zu niedrigeren Mietwagenkosten führen;

- die Zulassungsbehörden würden enger zusammenarbeiten, so dass es leichter würde, gestohlene Autos aufzuspüren. Es wäre nicht mehr möglich, ein gestohlenen Auto in einem anderen EU-Land anzumelden.

Steuern sind nicht betroffen

Bei Kfz- und Zulassungssteuern sowie in ein- und demselben EU-Land umgemeldeten Fahrzeugen (beispielsweise nach einem Verkauf) würde sich hingegen nichts ändern.

Die vorgeschlagene Maßnahme muss von den Regierungen der EU-Länder und vom Europäischen Parlament gebilligt werden, bevor sie Rechtskraft erlangt. Danach haben die Mitgliedsstaaten ein Jahr Zeit, um sich auf die neuen Verfahren einzustellen.



Der Kauf von Gebrauchtwagen aus anderen EU-Ländern soll künftig durch einheitliche Zulassungsregeln vereinfacht werden.

Seit 15. Juni brauchen auch Kinder einen eigenen Reisepass

Bitte nicht lächeln: Passfotos im Vergleich

Zwischen 9,90 und 25 Euro bezahlt man in Vorarlberg für ein Passfoto – auch für solche von Kindern. Einen Rabatt für die Kleinen bietet im AK-Preisvergleich nur einer an.

Foto Klaus in Dornbirn ist der einzige Anbieter von Passfotos, der im AK-Preisvergleich vom Mai 2012 einen Rabatt für Kinder anbietet (15 statt 20 Euro für sechs Fotos). Sie benötigen nämlich seit dem 15. Juni ihren eigenen Reisepass für Auslandsreisen. Dafür braucht es ein den Vorschriften entsprechendes Passfoto, das zudem nicht älter als sechs Monate sein darf. Die AK Vorarlberg hat daher die Angebote von 15 Unternehmen miteinander verglichen.

Nachrechnen lohnt sich

Die Passfotos kosten zwischen 9,90 und 25 Euro und werden in einem Paket von mindestens vier – manchmal sogar acht Stück – angeboten. Die Hartlauer

HandelsgesmbH und Foto Seyfi - Ak KG in Bregenz sind mit 9,90 Euro (vier Fotos) die günstigsten Anbieter. Ganze fünf Euro pro Foto bezahlt der Kunde beim Fotostudio Beatrix in Hohenems, dem teuersten Unternehmen im Vergleich. Einen Rabatt bieten nur wenige an: Die Fotografen Gerold Wehinger in Rankweil und das Mol Fotostudio - Margarethe Liepert in Hohenems verrechnen einen Aufschlag von fünf Euro (vier Fotos), wenn man die Fotos sofort mitnehmen möchte. Winder Foto in Bürs bietet als einziges Unternehmen zu den vier Passfotos ein gratis Porträt an (19,90 Euro). Genau nachrechnen lohnt sich für jene, die für mehr als nur ein Passfoto Verwendung haben. Denn dann sind die Angebote von Niedermeyer in Bregenz und vom Fotostudio Lampelmayer in Dornbirn mit umgerechnet rund 1,88 Euro pro Stück am günstigsten. Allerdings bekommt man hier gleich acht Stück.

Die Anbieter im AK-Preisvergleich

Preise und Anbieter für vier Passfotos

Name	Preis	Bemerkung
Hartlauer HandelsgesmbH	9,90 Euro	
Foto Seyfi, Ak KG, Bregenz	9,90 Euro	
Nipp-Foto, Lustenau	13,00 Euro	
Die Fotografen Gerold Wehinger, Rankweil	15,00 Euro	20 Euro bei sofortiger Mitnahme
Mol Fotostudio – Margarethe Liepert	15,00 Euro	20 Euro bei sofortiger Mitnahme; nur mit Termin.
Foto Murer, Dornbirn	15,00 Euro	
Foto Murer, Bregenz	15,00 Euro	
Foto-Hollenstein, Bezaus	15,00 Euro	
Fotostudio 17 Kurt Pöchler, Bludenz	15,80 Euro	
Fotostudio und Handel Geiger, Schoppernau	19,00 Euro	
Winder Foto, Bürs	19,90 Euro	Inklusive gratis Porträt
Fotostudio Beatrix, Hohenems	20,00 Euro	

Preise und Anbieter für sechs Passfotos

Name	Preis	Bemerkung
Foto Klaus, Dornbirn	15,00 Euro	Für Kinder (20 Euro für Erwachsene)
Fotostudio Rasser Herbert, Höchst	25,00 Euro	

Preise und Anbieter für acht Passfotos

Name	Preis	Bemerkung
Niedermeyer GmbH, Bregenz	14,99 Euro	4+4 Gratis (Aktion)
Fotostudio Lampelmayer GesmbH, Dornbirn	15,00 Euro	

Große Unterschiede bei Haushaltsversicherungen

Eine von der AK in Auftrag gegebene Studie der Onlineplattform www.versichern24.at zeigt: Die Unterschiede bei den Prämien und Leistungen der Haushaltsversicherungen sind enorm. Zwischen 88,60 (Oberösterreichische Versicherung AG) und 280,08 Euro (Ergo Direkt) bezahlen Versicherungsnehmer monatlich für eine durchschnittliche 90 Quadratmeter Wohnung in Wien – ein Unterschied von 191,48 Euro beziehungsweise rund 316 Prozent. Im Vergleich zur Erhebung aus dem Jahr 2007 sind die Versicherungssummen im Schnitt um sieben Prozent gestiegen. Nur die Wiener Städtische (39 Prozent günstiger) und die Zürich Connect (65 Prozent teurer) fallen aus dem Rahmen.

Die Studie finden Sie unter: www.ak-vorarlberg.at

Andy Scott auch von OGH abgewiesen

Auch der Oberste Gerichtshof (OGH) wies die Klage von „The Sweet“-Sänger Andy Scott ab. Er bestätigte somit die Urteile des Landesgerichts Feldkirch und des Oberlandesgerichts Innsbruck. Der von Scott beklagte Vorarlberger hatte im Jahr 2008 mehrere CDs auf ebay zum Verkauf angeboten. Da er sie jedoch privat verkauft hat, könne man nicht von unlauteren Geschäftspraktiken sprechen. Denn diese beziehen sich auf den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern. So lautete auch die Begründung des OGHs.

Vorsicht mit dem Handy im Ausland

Telefonieren und Surfen im Ausland kann teuer werden. Seit 1. Juli gelten neue einheitliche Tarife in der EU: Anrufe kosten maximal 35 Cent pro Minute. Für eingehende Anrufe bezahlt man 10 Cent. Ebenso für das Versenden von SMS. Das Datenroaming kostet maximal 83 Cent pro Megabyte. Wenn hier die Grenze von 60 Euro erreicht wird, wird die Datenverbindung automatisch unterbrochen. In den Ländern, in denen die Roamingverordnung nicht gilt, steigen die Kosten jedoch unbegrenzt an. So können innerhalb von zwei Wochen Rechnungen von mehreren tausend Euro entstehen – nur durch den automatischen Verbindungsaufbau. Im Ausland gilt deshalb: Internet ausschalten und die WLAN-Hotspots im Urlaubsort nutzen.

Weitere Tipps und Infos: www.ak-vorarlberg.at/konsument

Kurz gemeldet ...

► **Die automatische Netzansage** wurde abgeschafft. Seit 1. Juli werden Anrufer nicht mehr auf ein möglicherweise teures Gespräch mit einer in ein anderes Netz übertragenen Rufnummer hingewiesen. ► **Ein Haustausch** ist eine günstige Alternative zum Pauschalurlaub. Unter www.ak-konsumenten.info gibt es eine Auswahl von Haustausch-Plattformen. ► **Bei Kfz-Versicherungen** gibt es große Unterschiede. Das hat die AK Oberösterreich ermittelt. Die Differenzen bei den Prämien lagen zwischen 154 und 671 Euro. ► **An die Pflege** denken nur wenige. 55 Prozent meinen, sie seien nicht betroffen. Weiteren 22 Prozent mache das Thema Angst. Die Österreicher wollen monatlich nur 25 Euro für die Pflegevorsorge aufwenden. ► **In Versicherungsfragen** kennen sich nur vier Prozent der Jugendlichen gut aus. Von den Erwachsenen sind es 17 Prozent.

Computer-Tipp

winPenPack

„winPenPack“ ist eine Sammlung der wichtigsten Tools unter einem „Programm-Dach“.

So haben Sie immer alle benötigten Programme dabei, indem Sie diese Programmsammlung einfach auf einen USB-Stick kopieren und auf jedem beliebigen PC „winPenPack“ ausführen. Die Sammlung beinhaltet Programme wie Audacity für die Audiotbearbeitung, Firefox zum Internetsurfen und Systemwerkzeuge, um einen PC zu warten. „winPenPack“ organisiert die Programme übersichtlich in Kategorien, darunter Grafik, Multimedia, Office und Internet. Mit wenigen Klicks fügt man häufig frequentierte Ordner der Liste hinzu. Über die Suchfunktion spürt man das gewünschte Programm in Windeseile auf. Das Programm kann in verschiedenen Versionen von der Homepage des Projekts frei heruntergeladen werden (Die Full-Version ist 639 MB, die Essential-Version ist 398 MB groß). Es können auch noch weitere Programme nachinstalliert werden.



Oliver Fink

Download im Internet:
<http://www.winpenpack.com>



Im Sommer bietet das AK-Bildungszentrum ein attraktives Kursprogramm.

Sommerkurse im AK-Bildungszentrum

Das AK-Bildungszentrum bietet ab Anfang Juli ein vielfältiges und attraktives Sommerprogramm mit über 30 Kursen aus den Bereichen Sprachen, Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit an. In diesen Sommerkursen wird besonderer Wert auf die Kombination von Weiterbildung und Erholung gelegt. Der Schwerpunkt der Sommer-Sprachkurse liegt auf der Verständigung in typischen Alltags- oder Urlaubssituationen. Die Freude am Erlernen der Sprachen sowie das Interesse an der Kultur des jeweiligen Landes ergänzen sich. Die Kurse eignen sich daher besonders für eine Urlaubsvorbereitung – sie können aber auch als Einstieg für einen weiterführenden Sprachkurs im Herbst genutzt werden. Für Anfänger und Leichtfortgeschrittene werden ab Juli Intensivsprachwochen in Englisch, Italienisch, Französisch, Spanisch und Deutsch angeboten. Einen weiteren Schwerpunkt des Sommerprogramms bilden Kurse aus dem Bereich Persönlichkeitsentwicklung. Im Seminar „Rhetorik und Persönlichkeit I – Die stärkste Marke sind Sie selbst!“ (Start: 20. Juli) erfahren Sie, wie Sie Ihre Fachkompetenz erfolgreich „überbringen“. Nicht viel zu reden zählt, sondern das Richtige im richtigen Augenblick in der richtigen Art und Weise. Alle aktuellen Kurse, Termine und Informationen des AK-Bildungszentrums finden Sie im AK-Bildungsmagazin MEMO und auch im Internet unter www.bildungszentrum.at.

i Persönlichkeitsentwicklung:
Sandra Studer, 050/258-4032,
sandra.studer@ak-vorarlberg.at, Sprachen: Angelika Madlener,
050/258-4022, angelika.madlener@ak-vorarlberg.at

Nach der Schule stehen Jugendliche mit ihren Teilleistungsschwächen oft alleine da

Jugendliche mit Schwächen fordern und Talente fördern

Bisher werden Teilleistungsschwächen bei Jugendlichen kaum beachtet – weder von den Lehrbeauftragten noch von den Betroffenen selbst. Sie bleiben vielfach unbesprochen. Ein offener Umgang mit dem Thema würde jedoch vieles erleichtern.

Jugendliche mit Teilleistungsschwächen kämpfen gegen eine verständnislose Umwelt an. Lese-/Rechtschreibschwächen, Rechenschwächen oder Aufmerksamkeitsstörungen werden oft nicht anerkannt. „Das wächst sich aus“, so der allgemeine Irrglaube. Doch Betroffene werden ein Leben lang mit ihrer Schwäche konfrontiert. Besonders in der weiterführenden Schule oder im Beruf stoßen sie immer wieder an ihre Grenzen. Der Informationsfluss fehlt. Die Jugendlichen fangen wieder bei null an.

Der Verein Initiative LEGA, das Land Vorarlberg und die AK Vorarlberg hatten deshalb zur Fachtagung „Jugendliche mit Teilleistungsschwächen“ in das AK Bildungszentrum in Feldkirch geladen. Experten, Lehrer, Eltern, Betroffene und Politiker waren der Einladung gefolgt und hatten gemeinsam nach Lösungskonzepten gesucht.

Kommunizieren statt schweigen

Was auffällt ist, dass sich die Betroffenen selbst Steine in den Weg legen: Sie outen sich nicht. Nach der Schule beginnt ein neuer Lebensabschnitt, altes Gepäck möchte man da nicht mitnehmen. Schon gar nicht, wenn es sich dabei um ein Defizit handelt, wegen dem man möglicherweise noch gemobbt wird.

Doch die Schwäche bleibt und man quält sich im Beruf und der weiterführenden Schule weiter ab. „Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, dass es den Betrieben recht ist und sie sogar wollen, dass man etwas sagt“, erklärt Irene Weiß vom Verein Initiative LEGA. Denn nur so können Lehr-



Oft hat der Lehrverantwortliche keine Ahnung von der Teilleistungsschwäche seines Lehrlings.

lingsausbildner und Lehrer handeln. Trotzdem sind sie oft mit dem Thema Teilleistungsschwächen zu wenig vertraut. Während ADHS-Betroffene auffallen, gehen Schüler mit anderen Störungen meist unter und mit ihnen ihre Talente. Informieren und sensibilisieren sind die Schlüsselwörter. „Und wie in der Volksschule muss auf jeden Jugendlichen auch in den weiterführenden Schulen einzeln eingegangen werden“, sagt Irene Weiß.

Schwächen sind kein Nachteil

Im Umgang mit den Betroffenen ist eine offene Kommunikation ein entscheidender Faktor. Die Jugendlichen wissen meist selbst, wie sie mit ihrer Schwäche am besten zurechtkommen. Wichtig ist, dass sie sich beweisen können und ihre Fähigkeiten in den Vor-

dergrund rücken. Oft zeigt sich schon beim Praktikum, dass zum Beispiel ein Legastheniker zwar langsamer liest, dafür aber technisch begabt ist.

„Den Betrieben muss bewusst werden, dass ein Mitarbeiter mit einer Behinderung zwar keinen Vorteil für die Firma darstellt, aber auch kein Nachteil ist“, erläuterte Prof. Dr. Stephan Böhm in seinem Vortrag. Der Direktor des Centers for Disability and Integration an der Universität St. Gallen erforscht seit Jahren die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen. Seine Erfahrungen zeigen, dass in Betrieben mit einer individuellen Mitarbeiterführung die Zufriedenheit und Arbeitsfähigkeit höher ist als in anderen Betrieben.

Entscheidend ist, die Menschen mit den richtigen Fähigkeiten am

richtigen Arbeitsplatz einzusetzen. Aus ökonomischer und sozialer Sicht macht Integration von Menschen mit Behinderungen oder eben Teilleistungsschwächen durchaus Sinn. Einige – meist größere und öffentliche – Unternehmen gehen bereits als positives Beispiel voran, wie die Bundesagentur für Arbeit in Deutschland.

Und es werden wohl in Zukunft immer mehr folgen. Vor allem, wenn man bedenkt, dass bereits jetzt hoher Fachkräftemangel besteht und die Kinder der geburtschwächeren Jahrgänge in den kommenden Jahren die Schule beenden. Im Kampf um neue Arbeitskräfte sollten dann Schwächen wie das Verwechseln von Buchstaben keine Rolle mehr spielen oder zumindest auf mehr Verständnis und Unterstützung stoßen.



AK-Präsident besucht Stadtwerke Feldkirch

Im Rahmen eines Betriebsbesuches informierte sich AK-Präsident Hubert Hämmerle über die verschiedenen Geschäftsfelder der Stadtwerke Feldkirch und bekam dabei einiges zu sehen. Das Dienstleistungsangebot reicht von Elektrotechnik oder Telekommunikation für Business-Kunden bis hin zur Stadtbuss-Flotte. Im Vordergrund standen auch bei diesem Besuch direkte Gespräche mit den Arbeitnehmern.

Fachtagung zum Themenkreis Niedrigqualifikation in der AK Vorarlberg

Aus- und Weiterbildung für Niedrigqualifizierte

Lernschwächen sind für Niedrigqualifizierte oft eine enorme Belastung. Neben fachlichen Defiziten wirken sich diese oft auch auf den Selbstwert und die Psyche der Betroffenen aus.

Bertram Wulf ist Psychotherapeut und Hirnforscher in Stuttgart, er wird seinen Vortrag dem Thema „Lerneinschränkungen aus Sicht der modernen Gehirnforschung“ widmen.

Am 20. September findet in der AK Vorarlberg in Feldkirch eine Fachtagung mit dem Titel „Bessere Chancen für Niedrigqualifizierte. Beruflicher Erfolg trotz Lernschwächen?“ statt.

Zwanzig Prozent aller Erwerbstätigen in Vorarlberg verfügen über maximal einen Pflichtschulabschluss. Kommt auch noch eine Lernschwäche dazu, ist berufliche Stagnation oft vorprogrammiert. „Die Fachtagung der AK Vorarlberg soll dieses Thema beleuchten und mögliche Lösungsansätze aufzeigen, wie Niedrigqualifizierte durch gezielte Weiterbildung höher qualifiziert werden können. Denn niedrigqualifiziert bedeutet nicht unqualifiziert“, sagt AK-Bildungsexperte Gerhard Ouschan.

Den fachlichen Input vermitteln drei Experten, die sich dem Thema mit verschiedenen Ansätzen nähern.

Best Practice-Modelle

Annette Berthold, die eine Praxis für psychologische Diagnostik in Bludenz betreibt, geht im zweiten Teil auf ihre Erfahrungen ein, unentdeckte Potenziale bei Niedrigqualifizierten zu heben anstatt sie zu verschwenden.

Den letzten Vortrag bestreitet Nils Beckmann, der am Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur der Goethe-Universität Frankfurt am Main beschäftigt ist und sich Praxisbeispielen betrieblicher Aus- und Weiterbildung widmet.

Um den praktischen Nutzen zu steigern, werden Best Practice-Modelle verschiedener Vorarlberger Betriebe präsentiert und anschließend auch mit den Experten diskutiert.

Infos und Anmeldung:
bildungspolitik@ak-vorarlberg.at

Für Kinder und Jugendliche von der vierten bis zur achten Pflichtschulstufe bietet das AK-Bildungszentrum spezielle Vorbereitungsprogramme für das kommende Schuljahr an

Gut vorbereitet ins Schuljahr starten

Mit „End of summer jam“ und der „AK-Sommerschule“ bereitet das AK-Bildungszentrum Kinder und Jugendliche am Ende der Sommerferien auf das neue Schuljahr vor.

Im „End of summer jam“ werden Schülern praktische Lese- und Entspannungstechniken vermittelt, die den Schulalltag erleichtern. Die intensive EDV-Woche soll Körper und Geist gleichermaßen ansprechen. Neben den praktischen EDV-Einheiten lernen die Jugendlichen auch Techniken wie Tai-Chi-Chuan und POWERreading kennen, die für einen entspannteren Schulalltag sorgen sollen. Einen Schwerpunkt bilden die neuen Möglichkeiten des Internets und die elektronische Bearbeitung von Bildern oder Videos. Es kann eine eigene Homepage kreiert werden oder man bastelt Bildkollagen.

Schwächen sind kein Nachteil
Dabei steht eines ganz klar im Mittelpunkt, die Vorbereitung auf das kommende Schuljahr. Die AK Vorarlberg will mit dieser intensiven Woche den Jugendlichen nach der langen Ferienzeit wieder Rhythmus und Struktur geben.

In den Ferienwochen sind die Nächte im Vergleich zu den Tagen immer länger geworden, damit die Umstellung nicht so schlagartig verläuft, sorgt der „End of summer jam“ für einen sanfteren Übergang. Teilnehmen können Jugendliche der fünften bis achten Pflichtschulstufe, also etwa im Alter von 11 bis 14 Jahren.

Schon zum dritten Mal in Folge bietet die AK Vorarlberg die AK-Sommerschule an. Diese richtet sich an alle Schüler, die die vierte Klasse Volksschule absolviert haben und im kommenden Herbst ins Gymnasium oder in die Neue Mittelschule wechseln werden. Studentinnen der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg

(PH) werden den Stoff des Lehrplans der 4. Klasse Volksschule nach neuesten methodischen und didaktischen Richtlinien wiederholen. Den Schwerpunkt der AK-Sommerschule bilden die Hauptfächer Mathematik, Sachunterricht und Englisch.

Richtig Lernen

In Kleingruppen wird neben den Lerninhalten das soziale Lernen in einer realen Umgebung gefördert. Jeder Tag steht unter einem neuen Motto. Die Themen „Stadt Feldkirch, Verkehr, Schattenburg, Markt und Wildpark“ stehen für jeweils einen Tag im Vordergrund. So werden schulische Lerninhalte vom Papier in der Realität umgesetzt. Jeden Nachmittag werden gezielte Aufgaben in Mathematik, Deutsch, Sachunterricht und Englisch vor Ort angewendet und dann im Unterricht besprochen.

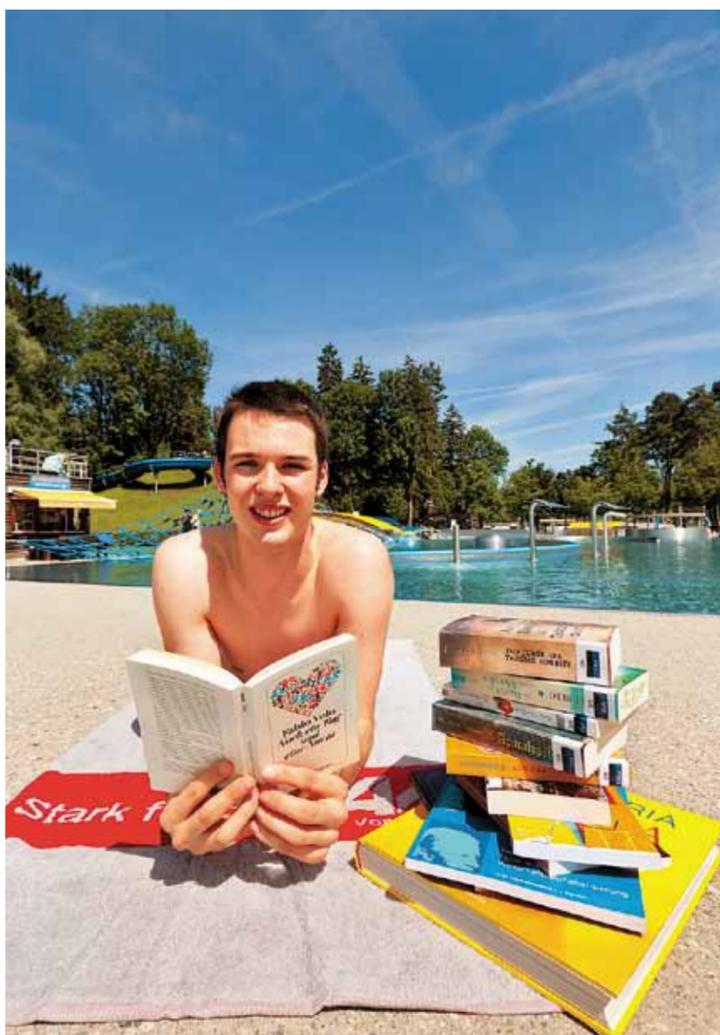
Daneben wird auch viel Wert auf das „richtige Lernen“ gelegt. Prof. Franz Ludescher, pädagogischer Leiter der AK-Sommerschule, hat einen eigenen Fragebogen zur Lerntypenbestimmung für diese Altersgruppe entworfen. Der Test basiert auf der Theorie der „Vielfachen Intelligenzen“ von Howard Gardner (Harvard University). Gardner ist der Ansicht, dass alle über eine vielfache Intelligenz verfügen, die bei jedem Menschen verschieden ausgeprägt ist. Dadurch ergibt sich ein individuelles Lernprofil. Schon am ersten Tag wird dieses Lernprofil für jedes Kind erstellt beziehungsweise ausgewertet und auch den Eltern mitgeteilt. So erfährt das Kind, wo seine Stärken liegen und wie es diese Stärken beim Lernen am besten einbringen und umsetzen kann.

i Barbara Halbeisen (End of summer jam), 050/258-4018, barbara.halbeisen@ak-vorarlberg.at und Gabriela Pietsch-Veit (AK-Sommerschule), 050/258-4026, gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at



Zum Ende der Sommerferien gibt es maßgeschneiderte Vorbereitungsprogramme für Schüler der verschiedensten Schulstufen.

Bade-Buch und AK-Lesehof: Literarischer Sommer für Besucher des Waldbad Feldkirch und Lesung in der AK-Bibliothek Feldkirch



Im Waldbad Feldkirch steht diesen Sommer das gesamte Medienangebot der AK-Bibliothek zur Verfügung, für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren sogar kostenlos.

Sommerzeit ist Lesezeit in der AK-Bibliothek

Die AK Vorarlberg widmet sich den ganzen Sommer schwerpunktmäßig dem Thema Lesen. Highlight ist sicher die Aktion „Bade-Buch“ mit einer Außenstelle der AK-Bibliothek im Waldbad Feldkirch.

Sommer, Sonne, Lesezeit. Für die Besucher des Waldbad Feldkirch besteht vom 9. Juli bis 31. August die Möglichkeit, Bücher und Zeitschriften vor Ort auszuleihen.

Will man ein bestimmtes Buch aus dem Sortiment der AK-Bibliothek, kann man es auch für den nächsten Tag bestellen. Die „Bade-Buch“-Bibliothek ist von Montag bis Freitag immer von 10 bis 18 Uhr besetzt. Voraussetzung ist ein Leseausweis, den man gegen Vorlage eines aktuellen Lichtbildausweises für zwölf Euro Jahresgebühr auch direkt im Waldbad Feldkirch beantragen kann.

AK-Lesehof

In Kooperation mit den „Vorarlberger Nachrichten“ fand in der AK-Bibliothek Feldkirch am 28. Juni der AK-Lesehof zum Thema „Ungehorsam“ statt. Dabei lasen Amanda Ruf (Geschäftsführerin des Mädchenzentrums Amazonia), Elisabeth Wicke (Bürgermeis-

Neue Öffnungszeiten AK-Bibliothek

Ab 3. Juli 2012 gelten für die AK-Bibliothek Feldkirch folgende Öffnungszeiten: Dienstag von 10 bis 19 Uhr, Mittwoch bis Freitag von 10 bis 18 Uhr.

i AK-Bibliothek Feldkirch, 050/258-4510, bibliothek.feldkirch@ak-vorarlberg.at, www.ak-vorarlberg.at/bibliothek

terin von Mellau) und Augustin Jagg (Regisseur) aus ihren Lieblingsbüchern vor. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch ein Ensemble des Vorarlberger Landeskonservatoriums.

Der nächste Lesehof steht unter dem Motto „Beziehungweise“ und findet am 23. August 2012, um 19.30 Uhr ebenfalls in der AK-Bibliothek Feldkirch statt. Nach der Veranstaltung kann man nach Lust und Laune im Sortiment der Bibliothek stöbern und Bücher, DVDs, CDs oder E-Books ausleihen. Der Eintritt ist frei, wer teilnehmen will, sollte sich aber anmelden.

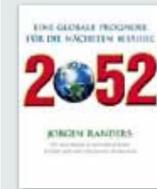
i Anmeldung AK-Lesehof: Gabriela Pietsch-Veit, 050/258-4026, gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at

Buchtipps

Ein Blick auf die Zukunft der Welt in 40 Jahren

Vor 40 Jahren erschütterte ein Buch den Fortschrittsglauben der Welt: der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ an den Club of Rome. „Die absoluten Wachstumsgrenzen der Erde werden im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht, wenn es der Menschheit nicht gelingt, ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren“, lautete seine zentrale These. Sie gliedert eine Revolution und machte das Buch zu einem Weltbestseller mit über 30 Millionen verkauften Exemplaren. Vierzig Jahre später holt der Club of Rome erneut zu einem großen Wurf aus. „2052“ skizziert eine Zukunft, die ganz anders sein wird, als wir uns dies heute vorstellen können. Welche Nationen werden ihren Wohlstand halten oder gar vermehren? Wie wird sich der Übergang zur wirtschaftlichen Vorherrschaft Chinas gestalten? Diese Fragen zu beantworten wird eine Jahrhundertaufgabe sein, „2052“ beschäftigt sich mit notwendigen Grundlagen.

2052 – Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre



oekom-Verlag München, 448 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-86581-398-5, 24,95 Euro



Gratulation von AK-Präsident Hubert Hämmerle: Herbert Pfeifer aus Bludenz ist der Gewinner des neuen iPad.

12.500 Medien: richtig getippt und gewonnen

Zu tippen galt es, wie viele Medien die neue AK-Bibliothek Bludenz für ihre Besucher zur Auswahl bereit hält. Rund 12.500! Unter allen Teilnehmern des Gewinnspiels am Tag der offenen Tür hat die AK Vorarlberg wertvolle Preise verlost. Glücksgöttin Fortuna hat es mit folgenden Gewinnern gut gemeint:

- iPad: Herbert Pfeifer, Bludenz
- AK-Rucksack und Jahreslesekarte: Martin Marent, Ludesch; Andrea Bilgeri, Lorüns; Gerhard Terzer, Göfis; Simone Bösch, Satteins; Lea Liepert, Bludenz
- AK-Knirps und Jahreslesekarte: Herma Morik-Gantner, Nenzing; Jana Lohrbächer, Bürserberg; Martin Girtler, Bludenz; Armin Bindemann, Schruns; Christine Sauermoser-Pöchler, Bludenz.

Die AK gratuliert allen Gewinnern!

„VIDEOAKTIV“: Gewinner stehen fest

Die Kernkompetenzen der AK Vorarlberg in 60 Sekunden zeigen – das war die Aufgabe des Wettbewerbs „VIDEOAKTIV“. Neun kreative Köpfe haben die Herausforderung angenommen und mit Handy- oder Videokamera die Arbeiterkammer in Szene gesetzt. Nun hat die Jury die Sieger gekürt: Den 1. Platz und ein MacBook Air gewann Nicolas Tschakner aus Dornbirn für „Salat“, der 2. Platz ging an Lukas Wagner („Geld vom Staat“; Gewinn: iPad), der 3. Platz an Adam Graf aus Wolfurt („Arbeiten in der Steinzeit“; iPod nano).

Kurz gemeldet ...

► Der völlige Verzicht auf Kohlehydrate, wie ihn manche Diät proklamiert, steigert den Cholesterinspiegel und ist somit ungesund fürs Herz. ► Das „Österreichische Wörterbuch“, einziges amtliches deutschsprachiges Wörterbuch, ist mit der 42. Auflage 60 geworden.



Geschäftsstellen-Leiter Mag. Arno Sandholzer (m.) und Team erklärten den Besuchern das Angebot der AK Vorarlberg in Bludenz.

Ansturm in Bludenz

Ein toller Freitag mit Volksfestcharakter: Viele Menschen aus Bludenz und den umliegenden Gemeinden nutzten die Gelegenheit, am Tag der offenen Tür die neue AK-Geschäftsstelle und AK-Bibliothek in Bludenz kennenzulernen.

Modern, schick und freundlich sind die Räume geworden, fiel fast gleichlautend das Urteil der Besucher zu den neuen Service-Angeboten der AK Vorarlberg in Bludenz aus. Eingebettet in die neue Vogewosi-Verbauung am Bahnhofplatz sind hier am traditionsreichen „Stammsitz“ wieder die AK-Angebote zentral erreichbar.

Die AK Vorarlberg offerierte am Tag der offenen Tür gemeinsam mit den anderen Geschäften und Dienstleistern der Verbauung ein abwechslungsreiches und unterhaltsames Programm für die Gäste. Die AK Bludenz überraschte unter anderem mit Geschicklichkeitswettbewerb und einer Fotobutton-Aktion.

Weitere Bilder vom Tag der offenen Tür auf www.ak-vorarlberg.at



Auch Alt-AK-Präsident Bertram Jäger ist von der modernen AK-Bludenz begeistert.



Sehr positiv aufgenommen: die neue helle AK-Bibliothek in Bludenz.



Die Werkzeit-Jugendlichen brachten Dutzende Fabrräder auf Vordermann.



Freute sich wie viele andere über den AK-Button: SPÖ-Chef Michael Ritsch.



Begeisterte Jung und Alt mit abwechslungsreichem Programm: Clown Pompo.

Sicherheits-Tipp

Drei Säulen für gesunde Haut



Dr. Alfons Vith
05574/78601

Nach den Lärm-erkrankungen sind Hautschäden, hervorgerufen durch die tägliche Arbeit, in Österreich weiterhin die zweithäufigste Ursache von Berufskrankheiten. Durch konsequente Maßnahmen ist jedoch eine wirkungsvolle Prophylaxe möglich!

Wie durch Studien nachgewiesen wurde, ist durch die Anwendung von Hautschutzcremen alleine noch kein optimaler Schutz gegeben – vielmehr braucht es dafür diese drei Säulen:

- Hautschutz
- schonende Hautreinigung
- Hautpflege.

Ideal ist das Anbringen von Produktpendern am Waschplatz in Kombination mit einem Hautschutzplan. Dieser informiert darüber, für welche Tätigkeiten die Hautpräparate zu verwenden sind sowie über die Art der Anwendung. So kann vermieden werden, dass trotz Unterweisungen über das korrekte Auftragen die Hautschutz-/Hautpflegemittel nur unregelmäßig zum Einsatz kommen.



Hautschutzplan am Waschplatz

Hautschutzcreme

Sie verhindert das Eindringen von Schadstoffen und ist unbedingt auf die Tätigkeit abzustimmen (Kühlschmierstoffe, Feuchtarbeit, Chemikalien etc.).

Schonende Hautreinigung

Bei Anwendung von aggressiven Mitteln (z.B. Quarzsand) wird die Hornhaut weitgehend zerstört und damit der natürliche Schutzmantel der Haut. Bis zur Nachbildung dieser Schutzschicht ist die Haut empfindlicher und erscheint gerötet.



Hautpflege

Sie unterstützt die Regeneration der Haut und vermeidet oft schmerzhafte Rissbildungen.

Arbeitsinspektion Bregenz, www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name / Adresse

.....

.....

.....

.....

Postgebühr
zahlt
Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion Aktion
Widnau 2-4
6800 Feldkirch

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen Sie mit etwas Glück einen Sony E-Book-Reader. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: die AK-Kampagne für mehr Verteilungsgerechtigkeit (Seite 3), der Druck ständig erreichbar zu sein (Seiten 6/7) oder auch die Forderung der EU nach einer vereinfachten Zulassung von Gebrauchtwagen (Seite 9).

Für die Verlosung des E-Book-Readers als Gewinn drücken wir allen Einsendern die Daumen!



Gewinnen Sie einen E-Book-Reader von Sony!